



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 62. Ratssitzung vom 27. September 2023

2321. 2023/53

Interpellation von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.02.2023: Fehlende Reaktion des Stadtrats auf die Probleme rund um das Bundesasylzentrum Zürich, Anfrage für Verschärfungen und Hilfestellungen beim Kanton und Bericht zu den Nationalitäten der verhaltensauffälligsten Bewohnenden des Bundesasylzentrums

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 2382 vom 30. August 2023).

Samuel Balsiger (SVP) nimmt Stellung: Ich lese Ihnen einige Auszüge aus der Zeitung vor, die die Realität in Zürich beschreiben. Im Oktober 2022 schrieb 20 Minuten: «Erneut Messerstecherei in Zürich.» Solche Straftaten ereignen sich also öfters. Bei einem tätlichen Übergriff beim Bundesasylzentrum (BAZ) im Kreis 5 wurden zwei Männer verletzt. Die Täter waren zwei Afghanen im Alter von sechzehn und siebzehn Jahren. Im Dezember 2022 schrieb die NZZ, dass Schulkinder beim Schulhaus Pfingstweid von Asylsuchenden belästigt wurden und Eltern eingreifen mussten. Im Januar 2023 berichtete der Nebelspalter, dass in der Nähe des BAZ regelmässig Pakete gestohlen werden. Der Tages-Anzeiger schrieb im selben Monat, dass die Hardturmbrache über Nacht gesperrt werden muss, da sonst gestohlen und randaliert wird. Das Problem besteht erst, seit das BAZ in der Nähe ist. Diese Tatsachen, zusammen mit den negativen Berichten über Jugendgewalt durch Asylanten, können nicht negiert werden. Der Stadtrat will es trotzdem nicht wahrhaben. In seiner Antwort geht er nicht auf das Problem ein und liefert keine Lösungsansätze. Auch auf unsere letzte Frage, Menschen welcher Nationalität im BAZ am stärksten verhaltensauffällig sind, hat er keine Antwort. Würde man bei Mitarbeitern des Asylzentrums nachfragen, hätte man schnell eine Antwort: Es sind Algerier, Nordafrikaner, Afghanen, und so weiter. Meistens kommen die verhaltensauffälligen Menschen aus dem arabischen Raum, sicher nicht aus Japan oder anderen Ländern. Es ist klar, woher das Problem kommt. Der Flüchtlingsstrom aus diesen Ländern muss unterbunden werden. Vor einigen Tagen gab es eine Massenschlägerei unter Eritreern, darunter einige Regimetreue. Wieso sind die in der Schweiz? Wieso sind überhaupt Eritreer in der Schweiz? In Eritrea Zivildienst leisten zu müssen, ist kein Grund, in der Schweiz vom Sozialstaat leben zu dürfen. Trotzdem sind bereits 30 000 Eritreer in der Schweiz und es werden immer mehr. Allesamt dürfen sie es sich in der sozialen Hängematte der Schweiz gemütlich machen. Die Gewalt, die Nordafrikaner in der Schweiz verbreiten, ist nicht mehr zu ertragen. Das Problem muss auf Bundesebene angegangen werden. Die Leute werden bald erkennen, dass die SVP recht hat.



Weitere Wortmeldungen:

Andreas Egli (FDP): Anfang 2023 reichte ich zusammen mit Peter Anderegg (EVP) eine dringliche Schriftliche Anfrage ein, die am 19. April 2023 beantwortet wurde. Die Frage lautete: «Wie viele Einsätze der Stadtpolizei Zürich erfolgten monatlich auf dem Gebiet der Stadt Zürich seit der Eröffnung des BAZ im Zusammenhang mit Bewohnerinnen und Bewohnern des BAZ, möglichst aufgegliedert nach Deliktsarten beziehungsweise dem Grund der polizeilichen Intervention gemäss Journaleintrag, insbesondere Diebstahl, Drogen, Körperverletzung und Tötlichkeiten?» In der detaillierten Antwort des Stadtrats steht, dass im Jahr 2019 insgesamt 46 Journaleinträge verzeichnet wurden. Nicht alle betreffen kriminelle Handlungen; darunter sind auch Einsätze wegen geistig verwirrten Personen, Personenfahndungen oder Fundsachen. Bemerkenswert ist, dass im Jahr 2022 364 Einsätze notiert wurden, also neunmal mehr. In den ersten zwei Monaten des Jahres 2023 waren es 68 Einsätze. Tatsächlich hat sich die Problematik zugespitzt. Dieser Rat überlässt das Thema gerne der SVP, was zu Polemik führt und verhindert, dass die Angelegenheit sachlich behandelt werden kann. Problematisch ist es auch, wenn der Stadtrat nach einem Vorkommnis beim BAZ einen Zeugenaufruf startet, der als Tatort den Habibi-Park nennt. Diesen Park kennt kaum jemand. Man hätte das BAZ durchaus erwähnen können, um den Vorfall sauber bearbeiten zu können. Das Problem muss sachlich gelöst, nicht totgeschwiegen oder polemisch angefeuert werden. Wir danken dem Stadtrat für die Antworten und erwarten, dass Massnahmen ergriffen werden. Es ist auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtpolizei frustrierend, regelmässig ausrücken zu müssen und dabei auf Dauer im Stich gelassen zu werden.

Anna-Béatrice Schmalz (Grüne): Die Aussagen der SVP sind extrem diffamierend und diskriminierend. Fragwürdig ist auch, dass die FDP das mit ihrer detaillierten Stellungnahme ein Stück weit legitimiert. Ich wünsche mir mehr Abgrenzung. Die Grünen, und sicher alle Linken in diesem Rat, solidarisieren sich mit allen Menschen, die von Rassismus betroffen sind. Das ist auch in der Schweiz ein grosses Problem, und wir sind alle in der Pflicht, uns stärker für Antirassismus einzusetzen.

Samuel Balsiger (SVP): Ich danke der FDP dafür, dass sie das Thema ohne Scheuklappen angeht. Wir betreiben keinen Wahlkampf, sondern nehmen uns eines schwierigen Problems an. Die Reaktion der Grünen ist typisch. Vor ein paar Tagen hat ein Eritreer einen anderen Ausländer erstochen, der Streit schlichten wollte. Warum verurteilt ihr diese Gewalt nicht? Weshalb grenzt ihr euch nicht von Afghanen ab, die Algerier angreifen oder Schulkinder belästigen? Bloss die SVP wird als schlimm angesehen. Mit der Realitätsverweigerung in diesem Rat trägt ihr eine Mitverantwortung für die Gewalt und das Asylchaos in der Stadt. Ausserdem verstösst ihr gegen euren heiligen Minderheitenschutz, wenn ihr die SVP im Gemeinderat beleidigt: Wir sind nur zu vierzehnt.

Andreas Egli (FDP): Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) ist vielleicht entgangen, dass ich der SVP nicht zugestimmt, sondern Zahlen des Stadtrats wiederholt habe. Wenn Du das als Rassismus empfindest, musst du erst ein Wörtchen mit euren Stadträten wechseln. Einige Mitglieder des Gemeinderats beweisen sich heute als äusserst feige: Sie können



3 / 3

zwar ohne Entschuldigung T-Shirts tragen, die andere Ratsmitglieder persönlich beleidigen, sich aber keiner heiklen Diskussion stellen. Moralisch ist dies höchst verwerflich, genauso wie das Verhalten des Ratspräsidiums, das diese Tatsache ignoriert. Die eine Seite des Rats betreibt mit ihrer Themensetzung Polemik, die andere verweigert sich der Diskussion. Lösungen werden so keine gefunden. Der Stadtrat versteckt sich dahinter und der unhaltbare Zustand verschlimmert sich.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat